

März 1926  
 Nagold  
 1926  
 aden  
 tgart  
 hier  
 Woll, Löwe  
 skarten  
 ark (incl.  
 andlung  
 am Ein-  
 Bildberg.  
 t:  
 kimo"  
 parzwald".  
 lung  
 „Dosen".  
 Vorstand.  
 irche  
 7 Uhr  
 lische  
 ndacht  
 r-Dichtbilder  
 und Gefang.  
 20 J)  
 Gutekunft  
 Feier  
 den 50 J)  
 schenken  
 ätter  
 der  
 arten  
 bei  
 ER  
 terstützungs-  
 berein. 821  
 Bestellungen  
 Abreiß-Kalender  
 und Kunst", für  
 nimmt entgegen  
 traunsmann  
 irks Nagold.  
 Nächste  
 Probe des  
 nicht heute  
 enstag 8 Uhr.  
 neuen  
 -Album  
 für  
 Sommer 1926  
 en erschienen  
 orrätig bei  
 dlung ZAISER  
 gold.

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen  
 „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage  
 „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

**Bezugspreise:**  
 Monatlich einschließlich Trägerlohn A 1.60  
 Einzelnummer 10 J  
**Erscheint an jedem Werktag**  
 Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold  
 Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Saffer (Karl Saffer) Nagold



**Anzeigenpreise:**  
 Die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 J, Sammlen-Anzeigen 12 J  
 Reklame-Seite 50 J, Sammelanzeigen 50% Aufschlag  
 Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5113

Nr. 54

Begründet 1826

Samstag den 6. März

Seitensprecher Nr. 29

100. Jahrgang

## Unsere Wirtschaftspolitik

Eine Rede des Reichstanzlers

Bei einem Empfangsabend der Vertreter der ausländischen Presse in Berlin hielt Reichstanzler Dr. Luther eine Rede über die deutsche Politik der letzten Jahre. Ausgehend von dem Entwicklungsgang der Reichsfinanzen, besonders der Umsatzsteuer, legte er dar, daß auch die deutsche Außenpolitik sich in einer geraden Linie bewegt habe. Seit Oktober 1923 seien drei Abschnitte deutlich zu unterscheiden. Der erste gehe bis zur Annahme der Dawesgesetze, der zweite bis zum Abschluß der großen Finanz- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung des Sommers 1925 bzw. dem Werk von Locarno. Zurzeit stehe Deutschland am Anfang und vor den Aufgaben des dritten Abschnitts, wo Deutschland, wenn Locarno zur Wirklichkeit wird, am Dienst der Entwicklung der Welt die Stellung wiedergewinnt, die ihm nach seiner Größe und Bedeutung zukommt. Innenpolitisch müsse dieser Abschnitt beherrscht sein von dem Entschluß zur Neubildung der Wirtschaft. Die Wirtschaftskrise sei nicht nur Ausdruck eines Gefundungsorgans, sondern sie beruhe auch auf gewissen Vorgängen im Ausland wie der künstlichen Kohlenverbilligung (durch die Staatsbeiträge an die englische Kohlenindustrie) und der Preisunterbietung von Ländern mit entwerteter Valuta. Steuererleichterungen erscheinen unerlässlich, aber die Lasten der deutschen Wirtschaft kommen nicht bloß von den Steuern, sondern namentlich von dem hohen Zinsfuß. Dieses ungeheure Zinsverhältnis sei Gegenstand ununterbrochener Sorge der Reichsregierung.

Eine wirkliche Sozialpolitik sei nur möglich, wenn die Wirtschaft gesund ist, andererseits sei ein unter so schwerem Druck liegendes Volk ohne durchgreifende Sozialpolitik weder in wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit noch in politischer Ruhe zu erhalten. Es wäre im höchsten Grad

unerwünscht, wenn vorzugsweise die Reparaturen der Einzelstaaten und Gemeinden abgebaut würden; so kommen zuerst Umsatz- und Luxussteuer in Betracht. Der Steuerentlastungsplan sei ohne Zweifel ein Wagnis, das wegen der völlig unmöglichen Handelsbilanz besonders groß sei. Die ungemein große Ausdehnung der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfürsorge sei für die Wirtschaftserholung weit eher ein Hemmnis als eine Stütze, umso mehr als in äußerst bedenklicher Weise eine innerliche Umstellung an vielen Stellen dahin zu wirken scheint, wie man unter Benützung der Vorschriften und Wägen der Erwerbslosenfürsorge einen Teil der Arbeiterschaft praktisch aus öffentlichen Mitteln bezahlen läßt.

Der Hebung der Ausfuhr diene z. B. der Russen-Kredit, sowie das Bestreben zur Wiedergewinnung unserer natürlichen Kohlenabfahrs. Auch der Reichsbahn-Gesellschaft sollen Reichsdarlehen gegeben werden, deren durch die Dawesleistungen verursachter Geldmangel zur Zurückhaltung von Bestellungen geführt hat. Auch die Reedereien sollen unterstützt werden. Die landliche Siedlung soll stärker betrieben werden, besonders in dem volkreichen Osten. Der Wohnungsbau soll durch langfristigen Hypothekenkredit gefördert werden.

Von größter Bedeutung seien endlich die Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft. Der Kredit der Golddiskontbank sei hier wegweisend. Der Düngemittelbezug sei durch weitere Maßnahmen gefördert worden. Die unerlässliche Beeinflussung des Roggenpreises sei in Vorbereitung. Der Zerfall der Landwirtschaft bedeute eine schwere Belastung der Volkswirtschaft. — Alle diese Maßnahmen aber kosten Geld, und sie seien nur in beschränktem Maß möglich, wenn die Steuern herabgesetzt werden.

## Zweideutige Erklärungen Chamberlains

London, 5. März. Im Unterhaus erklärte Außenminister Chamberlain, die Regierung bedauere, daß eine Streikfrage über den Völkerbund entstanden sei. Es müsse leitender Grundsatz für die britischen Vertreter in Genf sein, sich an nichts zu beteiligen, was den Erfolg von Locarno gefährde oder Deutschland den Eintritt in den Völkerbund unmöglich machen könnte. Unter keinen Umständen werde sich die britische Regierung an Versuchen beteiligen, im Völkerbundrat zwei Lager entgegengesetzter Richtung zu schaffen. (Selbstverständlich, denn England will ja eine europäische Einheitsfront gegen Rußland schaffen. Frankreich hat andere Absichten. D. Schr.) Es sei von Bedeutung, daß die Vorschrift der Einstimmigkeit im Völkerbundrat beibehalten werde, um jeden Unfrieden auszuschließen. Die englische Regierung sei einer Ratserweiterung nicht abgeneigt, sie sei aber unangenehm berührt, daß diese Frage gerade jetzt aufgeworfen worden sei. Es scheine etwas in der Luft zu liegen, was nicht ganz klar ist. Sicher habe es im Völkerbund niemals eine Mehrheit gegeben, die der Meinung war, die Zusammensetzung des Völkerbundrats dürfe keine Änderung erfahren. Die britische Regierung habe den Anspruch Spaniens auf einen ständigen Ratsitz vor vier Jahren unterfützt, und er sehe keinen Grund, diese Haltung zu ändern. (Widerpruch der Opposition.) Die Regierung könne ihren Vertretern in Genf keine bindenden Weisungen geben.

Hg. Mac Donald erwiderte, die Erklärung Chamberlains könne niemand befriedigen. Lloyd George sagte, Chamberlain habe nichts gesagt von dem, was das Unterhaus habe wissen wollen. Ministerpräsident Bald-

wln behauptete, daß zwischen Chamberlain und den übrigen Kabinettsmitgliedern keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Hauptsache sei, daß Deutschland bestimmt in den Völkerbund eintrete.

Die Opposition (Liberalen und Arbeiterpartei) verlangte darauf Abstimmung über die von der Regierung selbst beantragte Vertagung der Erörterung. Die Regierung bekämpfte nun die Vertagung, die vom Unterhaus mit nur 224 gegen 124 Stimmen abgelehnt wurde.

Die „Daily News“ schreibt, die Rede Chamberlains sei so bedeutungslos, daß sie beunruhigend sei. Er sei sich völlig der Stimmung Englands bewußt. Das Unterhaus sei gegen Chamberlain. Die „Westminster Gazette“ sagt, das einzige Ergebnis der langen Kabinettsverhandlungen sei der Versuch der englischen Regierung, die Verantwortung auf Deutschland abzuladen. Das sei der eigentliche Inhalt der dunklen und zweideutigen Rede Chamberlains gewesen. Man müsse hoffen, daß die kleine Macht Schweden fest bleiben werde in dem Bewußtsein, daß Schweden nicht nur die Stimme des eigenen Landes, sondern auch diejenige zahlreicher anderer Staaten verrete. Chamberlains Stellung sei unheilbar geschwächt, er habe das moralische Ansehen verloren.

An der Abstimmung beteiligte sich nur etwa die Hälfte der Abgeordneten, daher die verhältnismäßig kleine Mehrheit für die Regierung. Obgleich kein Konservativer gegen die Regierung stimmte, war man auch in der konservativen Partei von der Rede Chamberlains nicht befriedigt. Es wird namentlich getadelt, daß England sich Spanien gegenüber gebunden habe.

## Politische Wochenschau.

Die Deutschen scheinen noch weit entfernt davon, einen Tag zum Gedächtnis ihrer im Weltkrieg gefallenen Brüder würdig zu feiern. Das Gebot, das der Reichspräsident und die Reichsregierung in ihrer Rundgebung zum Volkstrauertag an das Deutsche Volk richteten, an den Gräbern unserer Gefallenen solle die Zwietschheit schweigen, mußte eigentlich als tränkender Mahnruf erscheinen. Fast zwei Millionen Brüder ließen ihr Leben, kaum eine Familie, die nicht Verwandte oder Freunde unter ihnen zu beklagen hätte. Zwar fehlt dem Volkstrauertag noch die gefühlvolle Festschmückung, auch liegt es wohl in der Art dieses Tages, daß aufrichtige Trauer sich nicht so sehr im äußeren Bild zeigt. Dennoch müßte dieser große Tag der Toten ein anderes Gepräge haben, als es am 28. Februar der Fall war. Es ist zuzugeben, daß der Tag und die Jahreszeit schlecht gewählt waren; ein Totentag gehört in die Zeit der absterbenden Natur, wie auch die Kirchen Totensonntag und Allerheiligen mit feinerem Verständnis in den November gelegt haben. Aber es ist trotzdem zu bedauern, daß es nicht gelungen ist, eine einheitliche Feier oder überhaupt öffentliche Feiern allgemein im Reich zustande zu bringen. Es sind nur wenige Städte, die hierin eine rühmliche Ausnahme machen, vor allem Berlin, wo ohne Zweifel die Person des Reichs-

präsidenten anfeuernd wirkte. Neben zahlreichen anderen Feiern in der Reichshauptstadt bot die Veranstaltung im Sitzungssaal des Reichstages, in dem sonst die Parteileidenschaften am heftigsten toben, ein erhabenes Bild, würdig des großen Tags. Möge sie für die Zukunft ein Vorbild sein!

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat wieder eine Finanzreform angekündigt. Genau betrachtet, ist sie keine neue Finanzumgestaltung, sondern eine Fortführung der Schliebschen Finanzreform vom Jahr 1925, wie auch Reichstanzler Dr. Luther bei einem Empfangsabend der Vertreter der ausländischen Presse in Berlin am 4. März betonte. Die Finanz- und die äußere Politik der letzten Jahre, sagte der Kanzler, bewegten sich in einer geraden Linie, nur seien die Aufgaben und Ziele der Finanz- und Steuerarbeiten in den Jahren 1923/24, der Reichssteuerreform 1925 einerseits und der jetzt zu lösenden Aufgabe verschieden gewesen. Galt es damals, den durch die Inflation, den Ruhrstumpf usw. völlig entkräfteten Staat mit neuem Leben zu erfüllen, so kommt es jetzt darauf an, die Wirtschaft leichter arbeiten zu lassen, ihre Unkosten zu vermindern und ihr an diesem Teil zur Ertragsfähigkeit und zum Preisabbau zu verhelfen. Inwieweit das durch Steuererleichterungen möglich sein wird, bleibt abzuwarten; vielfach wird befürchtet, daß die „Ankurbelung“ der Wirtschaft — nach einem Wort Dr. Reinholds — nicht

## Tagespiegel

Reichspräsident von Hindenburg hat das Ehrenpräsidium des deutschen Roten Kreuzes übernommen.

Die deutsche Abordnung ist am Freitag abend nach Genf abgereist.

Der tschechische Außenminister Benesch wurde in Wien kühl empfangen wegen der rücksichtslosen Unterdrückung der Deutschen in der Tschechoslowakei.

In Peking wurde ein neues Kabinett gebildet, dessen Mitglieder in der Mehrzahl der Kuomintang-Partei angehören.

von nachhaltiger Wirkung sein werde, wenn nicht gleichzeitig andere Erleichterungen, namentlich auch in den Dawesleistungen eintreten. Der Reichsfinanzminister glaubt, daß die Steuerausfälle teils durch Eriparnisse in der Verwaltung gedeckt werden können, teils durch das selbsttätige Stärkere Fliehen der Steuern erjeht werden, wenn erst die Wirtschaft angekurbelt sei. Daran ist unbedingt richtig, daß es auf die Dauer keine geordneten Staatsfinanzen geben kann, wenn die Wirtschaft darniederliegt; den Hebel bei der Aufrichtung der Privatwirtschaft einzusetzen, ist also ein durchaus gesunder Gedanke. Trotzdem ist Reinholds Reformplan in der Besprechung mit den deutschen Finanzministern auf Widerspruch gestoßen. Es wurde bezweifelt, ob angeleglicher Haltung des Reichstags, der sich wiederholt gegen weiteren Beamtenabbau ausgesprochen hat, genügende Eriparnisse in der Verwaltung zu erzielen seien, um einen wesentlichen Teil des Steuerausfalls zu decken. Das Kernstück der Reformarbeiten ist die Herabsetzung der Umsatzsteuer zu betrachten. Diese Steuer ist sehr einfach und leicht zu verwalten, aber sie ist auch recht unbeliebt. Die Umsatzsteuer wurde am 1. August 1918 eingeführt zu dem mäßigen Satz von 0,5 v. H. Sie erbrachte einen erheblichen Steuerertrag, ohne daß die Wirtschaft fühlbar betroffen worden wäre. Am 1. Januar 1920 wurde der Steuerfuß auf 1,5, am 1. Januar 1922 auf 2 und am 1. Januar 1925 gar auf 2,5 v. H. erhöht, und diese unjünige Höhe machte die Steuer unerträglich und unbeliebt, so daß man zum Abbau schreiten mußte. Am 1. Oktober 1924 erfolgte die Senkung auf 2, am 1. Januar 1925 auf 1,5 und am 1. Oktober 1925 auf 1 v. H. Nach dem Reinhold'schen Plan soll die Steuer zum 1. April 1926 auf 0,6 v. H. herabgesetzt werden, die Heberweisung des Reichs aus der Umsatzsteuer an die Einzelstaaten und Gemeinden werden also dementsprechend geringer werden. Die Finanzminister waren nun der Meinung, dieser Ausfall für sie sei das Sichere an dem Reinhold'schen Finanzplan, die angenommene Verwaltungserparnis und die höhere Ertragskraft der angekurbelten Wirtschaft das Unsichere, und der Spatz in der Hand sei ihnen lieber als die Taube auf dem Dach. So schieden die Finanzminister von Berlin, einig, wie der amtliche Bericht sagte, — aber unbefriedigt, und in einiger Zeit wird eine neue Besprechung nötig werden.

Mit dem Ankurbeln der Wirtschaft ist es eben noch nicht getan; das Rad mag wohl einmal im Ring herumgehen, aber wenn man ihr nicht zugleich neue Kraft zuführt, so läuft die öffentliche Verwaltungsmaschine Gefahr, daß sie eines Tages ohne Betriebsstoff dasteht, weil die Wirtschaft wieder verlagert. Der Krawall der Winzer in Bernkastel redet eine furchtbar ernste Sprache. Wenn ein solch arbeitssamer und genügsamer Stand in der Verzweiflung zur Heugabel greift, dann steht die Uhr kurz vor zwölf. Was wollen die Millionen Mark belegen, die man von Reichswegen den Weinbauern als Darlehen gibt, wenn dem Weinbauern seine Weine auch bester Qualität im Keller liegen bleiben, weil er keine Käufer findet, oder wenn er sie zu Schleuderpreisen weggeben muß, die kaum seine mühselige Arbeit bezahlen. Müssen diese Weinbauern nicht erbittert werden, wenn sie sehen, daß der deutsche Markt mit spanischen, französischen und italienischen Weinen überschwemmt wird, während ihre Erzeugnisse, die den süßslawischen Weinen in mancher Hinsicht überlegen sind, verschmäht werden, weil eben das Auslandserzeugnis billiger ist. Freilich, dem deutschen Winzer wächst die Rebe nicht beinahe wild wie im Süden, er muß hart daran arbeiten, und oft verdirbt ihm des Wetters Ungunst die gehegte Hoffnung. Einstimmig wurde dies im Reichstag am 4. März anerkannt, als dort der Bernkasteler Krawall zur Sprache kam, und es war ergötzlich, wie alle Parteien ihr berühmtes „Herz“ für den Weinbauern entdeckten. Nun, im Mai d. J. läuft das vorläufige Handelsabkommen mit Spanien ab, das mit dem vorhergehenden Handelsvertrag die Hauptschuld an der Notlage des deutschen Weinbaus trägt. Hoffentlich hält das „Herz“ der Herren Abgeordneten so lange an, bis dann der neue Handelsvertrag mit Spanien vom Reichstag beraten wird. Die Reichsregierung aber muß sich und ihre Unterhändler an jene Vorgänge in Bernkastel erinnern und nicht nur an die Außenpolitik und den „Export“, sondern auch an die Existenz des großen Volkstreffes der Winzer denken, wenn die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Spanien geführt werden. Das um so mehr, als Spanien keine Meistbegünstigung gibt und seine Zölle recht hoch hinaufschraubt, so daß die spanische „Freundschaft“ für uns unter allen Umständen ein kostspieliger Artikel ist.

Mit gemischten, oder eigentlich mit ungemischten Gefühlen muß sich der Wochenschau-Schreiber mit dem Völkerbundsrat befassen, denn die ganze Locarno-, Völkerbunds- und Ratsgeschichte hängt einem nachgerade zu Halse heraus. Da streiten sich die Diplomaten, die Re-

gierungen und namentlich die Blätter herum — und es ist doch alles leeres Stroh gedroschen. Das was kommen soll, ist zwischen Briand und Chamberlain längst abgemacht. Sie werden vielleicht, um das Locarno-Gebiet zu wahren, in dieser oder jener Weise, wenn es nicht anders geht, für den Augenblick d. h. in der Völkerbundstagung in Genf, die am 8. März beginnt, nachgeben, in der Hauptsache wird ihr Plan durchgeführt werden, und der ist folgender: Deutschland muß in den Völkerbund hinein, sonst ist der Vertrag von Locarno hinfällig. Dies wäre zwar für Deutschland kein unerträgliches Unglück, denn den Gewinn des Vertrages haben ja doch die Franzosen und Engländer. Nicht umsonst hat die französische Kammer am 2. März den Vertrag mit der erstaunlichen Mehrheit von 413 gegen 71 Stimmen gutgeheißen. Das englische Unterhaus zeigte seinerzeit eine ähnliche Mehrheit für den Vertrag. Ein Hauptgrund aber ist, wie kürzlich ein englisches Militärfachblatt mit herzerfrischender Offenheit endlich herausagte, daß Deutschland, wenn es im Völkerbund ist, das Aufmarschgebiet der Verbündeten in dem möglichen Krieg mit Rußland sein soll. Den Eintritt in den Völkerbund machte man für Deutschland verlockender, indem man ihm in Locarno einen ständigen Ratssitz neben den vier beherrschenden Großmächten England, Frankreich und Japan versprach. Im Stillen war man einig, daß Deutschland im Völkerbund alsbald kaltgestellt werden müsse. Und das ließ sich auf die einfache Weise machen, daß man den Völkerbundsrat, der zurzeit aus den genannten vier ständigen und sechs unständigen Mitgliedern besteht, beliebig „erweiterte“, und zwar womöglich mit Gegnern Deutschlands, jedenfalls mit Anhängern Frankreichs. Und wirklich meldeten sich zur gegebenen Zeit die bisherigen unständigen Mitglieder Spanien und Brasilien für die ständigen, Polen und darauf China, ja auch Persien für unständige Sitze. Wer könnte glauben, daß das nicht eine abgekartete Sache war, wenigstens soweit es sich um Spanien und Polen handelt! Nun ging das Gezerse los. Chamberlain wurde von der „öffentlichen Meinung“ in England scharf angegriffen, daß er das hinterlistige Spiel Briands mitemache, es wurde sogar sein Rücktritt gefordert. Aber wenn diese Entrüstung auch echt wäre, die Regierung in London würde sie zu meistern wissen, jedenfalls tritt Chamberlain nicht zurück, sondern geht „mit freien Händen“ nach Genf, um die Deutschen dort in ein „Kompromiß“ einzuwideln. Dieses Kompromiß soll darin bestehen, daß man Deutschland für den Augenblick allein aufnimmt, daß man über die weiteren Aufnahmen aber erst bei der nächsten Tagung im Herbst beschließt.

Für Deutschland ist es natürlich gleichgültig, ob die „Erweiterung“ des Rats jetzt oder im Herbst erfolgt, ob Polen einen ständigen oder einen unständigen Sitz erhält. Die unständigen Ratsmitglieder haben dieselben Rechte wie die ständigen, ein nichtständiger Sitz könnte nun jederzeit in einen ständigen Sitz verwandelt werden und die Dauer der unständigen Sitze ist nicht bestimmt; Spanien, Brasilien und Belgien haben ihre nichtständigen Sitze seit Gründung des Völkerbunds am 20. Januar 1920. Das Kompromiß ist also für Deutschland wertlos, unannehmbar.

Die kleineren Staaten, namentlich die Nordstaaten wie Schweden und Norwegen sind natürlich mit der „Erweiterung“ nicht einverstanden, denn sie glauben mit Recht, daß der erweiterte Rat schließlich alle Macht an sich reißen werde und daß die übrigen Staaten nur noch dazu da seien, für die ungeheuren Kosten des Völkerbundsapparates aufzukommen. Die Reichsregierung hat lange geschwiegen. Am 2. März erst legte Reichskanzler Dr. Luther in einer Rede im Hamburger Rathaus den Standpunkt der Reichsregierung dar. Er stellte fest, daß die „Erweiterung“ wider die Abmachungen von Locarno sei; es sei ihm unfaßbar, daß die Gegenseite durch Ablehnung des deutschen Standpunktes es dahin kommen lassen könne, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerstört werden. Das heißt doch wohl, daß wenn der Streich Briands und Chamberlains in Genf — mit oder ohne Kompromiß — durchgeführt werden sollte, Deutschland seine Anmeldung zum Völkerbund zurückziehen werde, da es in Locarno hinter Licht geführt worden sei. Chamberlain rechnet damit, daß die deutsche Abordnung in Genf unter Führung Dr. Luthers und Dr. Stresemanns — wie die „Times“ schrieb — „wieder umfallen“ werde. Wir Deutsche hoffen bestimmt, daß das nicht der Fall sein wird. In Marokko zeigen die Scharen Abdel Krims neuen Angriffsgelüste. Sie haben einen breiten Vorstoß gegen die französische Mittelfront gemacht und ihr hart zugelegt. Mit sehr gutem Erfolg fahren die paar schweren Geschütze der Rabulen fort, die Spanier in der Stadt Tetuan zu beschießen. Und den Spaniern will es nicht gelingen, die gut bedeckten Geschütze aufzuspüren, geschweige die Riffleute aus ihren wohlbesetzten Stellungen zu vertreiben, so viele Angriffe sie schon dagegen angelegt haben. In China hat der Endkampf um Peking begonnen. Der „christliche“ General Fengpuhsiang hat den gemeinsamen Angriff Tschangholins, Wupeifus und Lutschunglins abzuwehren. Der Kampf ertönt sich auf ein weites Gebiet und wird fieberhaft mit größter Erbitterung geführt. Sollte Feng unterliegen, so fällt Peking in die Hand Tschangholins und es wird eine neue Regierung eingeleitet. Dann ist es aber auch mit dem Einfluß Moskaus in Nord- und Mittelasien und England hat einen großen Sieg erfochten, ohne eine Kanone abgeschossen zu haben.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 5. März.  
171. Sitzung. Zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums.  
Abg. Rönneburg (Dem.) meint, daß jetzt auch die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Dolchstoßlegende zum Alten geworden hätten. (Lachen rechts.) Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zum Reichswehrministerium sei zu bedauern. Die Reichswehr habe in kritischen Stunden durchaus ihre Pflicht getan. Der republikanische Gedanke werde sich in der Reichswehr durchsetzen. Rückwärts müsse durchgegriffen werden, wenn sich innerhalb der Reichswehr eine Stimmung gegen die Republik und ihre Farben zeige.

Abg. Loibl (Bayerische Volksp.) Das Gerücht von der „Schwarzen Reichswehr“ gehöre zum eisernen Bestand der Linken. Die vielen Legenden darüber haben aber keine tatsächliche Unterlage. Der Redner wendet sich entschieden gegen eine Eingabe der deutschen Friedensgesellschaft, in der behauptet wird, daß immer noch Zeitfreiwillige ausgebildet werden. Böllig unwahr sei die Behauptung der Eingabe, daß die bayerischen Schutträte angewiesen seien, die Schüler in den Grenzgebieten militärisch auszubilden. Die bayerische Regierung habe die Behauptungen des Herrn Dwidde als verlogen bezeichnet. Niemand könne uns verbieten, die Jugend zu tüchtigen Menschen heranzuziehen.

## Neuestes vom Tage

### Zur Fürstenabfindung

Berlin, 5. März. Die demokratische Reichstagsfraktion hat zur Fürstenabfindung „unerlässliche Forderungen“ aufgestellt, die in der heutigen Besprechung beim Reichskanzler vorgelegt wurden.

### Der Reichswirtschaftsrat für die Steuerentlastung

Berlin, 5. März. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat der Aufhebung der Luxussteuer, der Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 auf 0,6 v. H. zugestimmt. In einer Entschließung wurde unverzügliche Ausgabenverminderung in der Verwaltung in Reich, Einzelstaaten und Gemeinden gefordert.

### Vom Hauptauschuss des Reichstags

Berlin, 5. März. Der Hauptauschuss hat für kulturelle Zwecke, namentlich für kirchliche Stellen, 1 Million Mark, für Erziehungsbeihilfe 600 000 Mk., für die Volksgemeinschaft der deutschen Kunst 100 000 Mk., für die Technische Nothilfe 2 850 000 Mk. bewilligt. Ueber die Frage, ob der Beitrag von 400 000 Mk. für Turn- und Sportwesen erhöht werden soll, wurde keine Einigung erzielt.

### Vom evangelischen Kirchenausschuss

Berlin, 5. März. Dem in Berlin versammelten deutschen evangelischen Kirchenausschuss lag in der heutigen Sitzung ein Antrag beider evangelischen Kirchen Oesterreichs, Ungarns und der deutschen Landeskirche vor. Der Kirchenausschuss nahm von diesem Antrag mit lebhafter Freude Kenntnis und erteilte die notwendigen Ermächtigungen zur Fortsetzung der Verhandlungen behufs Herbeiführung des endgültigen Zusammenschlusses. Außerdem wurden genehmigt die Anschlussanträge der deutsch-evangelischen Kirchengemeinden in Kobe (Japan), Jerusalem, Oslo, Genf, Madrid, Barcelona, sowie der südwestafrikanischen Gemeinden, die bisher unter dem evangelischen Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche gestanden haben, sowie Windhuk, Swakopmund und andere. Anschließend an die Beratungen des Schulausschusses wurde erneut der Ruf nach baldiger Verabschiedung des Reichsschulgesezes erhoben. Als letztes Mittel wurde der Weg des Volksentscheids bezeichnet, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Der Kirchenausschuss beschäftigte sich ferner mit den Vorbereitungen für den nächsten Kirchentag. U. a. liegt ein Antrag aus Ostpreußen und der Stadt Königsberg vor, das Bundesparlament dorthin einzuberufen.

Die Zivillage der Eisenbahntarifgewerkschaften abgewiesen  
Berlin, 5. März. In dem Rechtsstreit der Eisenbahntarifgewerkschaften gegen die Reichsbahngesellschaft wegen Anerkennung des Schiedsspruchs wurde nach längerer Verhandlung die Klage der Gewerkschaften kostenfällig abgewiesen.

### Eingeborenenüberfall auf Sumatra

Medan (Sumatra), 5. März. Im Letseh-Gebiet ist von Eingeborenen ein Ueberfall verübt worden, bei dem 10 holländische Soldaten getötet, drei schwer und zwei leicht verletzt wurden. Von der 18 Mann starken Abteilung sind nur 2 Soldaten unverletzt geblieben.

## Württemberg

Stuttgart, 5. März. Aus dem Gemeinderat. In der gestrigen Gemeinderatssitzung wurden 877 000 M für die Erstellung eines weiteren Krankenhauses mit 150 Betten beim Krankenhaus Cannstatt genehmigt, ferner 1500 M als Unterstützung der Stuttgarter Teilnehmer an den Deutschen Kampfspiele vom 4.—11. Juli im Kölner Stadion.

Einkommensteuerabzug für Hausöhne und Töchter in der Landwirtschaft. Der Abg. Schweizer (Bauernb.) hat folgende Kleine Anfrage gestellt: Bei der früheren Veranlagung zur Einkommensteuer wurde bei der Berechnung des steuerbaren Einkommens von Landwirten für Dienstleistungen erwachsener Hausöhne oder Hausstöchter, wenn sie eine ständige Hilfsperson im landwirtschaftlichen Betrieb bezeugen, ein entsprechender Betrag in Abzug gebracht. Gegenwärtig wird nun bei der Veranlagung zur Einkommensteuer ein diesbezüglicher Abzug von der Beteiligung an der Krankentafel abhängig gemacht. Da aber bei der zurzeit herrschenden wirtschaftlichen Notlage und der daraus entspringenden Geldknappheit in der Landwirtschaft es dem Betriebsinhaber nicht möglich ist, seine eigenen Leute gegen Krankheit zu versichern, frage ich an: Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß obige Bestimmung wieder aufgehoben wird?

80. Geburtstag. Am Kreis seiner Familie konnte am Montag Oberkirchenrat Dehler in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag feiern.

70. Geburtstag. Oberpräzeptor a. D. Bazlen feiert am 7. März den 70. Geburtstag. Vier Jahrzehnte wirkte er am Realgymnasium. Bekannt wurde er auch durch seine schriftstellerische Tätigkeit und durch seine Verdienste auf dem Gebiet des Obstbaus und des Vogelschutzes.

Todesfall. Nach längerem Leiden ist der Vorstand der Sahnischen Gemeinschaft, Reallehrer Heß, gestorben.

Textilausstellung. Am Samstag vormittag 10 Uhr wurde die zweite reichsbedeckte Fachausstellung von Erzeugnissen der württ. Textil- und Bekleidungsindustrie auf dem Gewerbehalleplatz eröffnet. Die Ausstellung dauert bis 10. März. Die Herbstmesse findet vom 18. bis 21. September statt.

Konditoren-Ausstellung. Heute vormittag wurde in der Gießerhalle eine Konditoren-Ausstellung eröffnet, die der Konditorenverein Schwaben aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens veranstaltet.

Lauffen a. N., 5. März. Mutiger Lebensretter. Obersekretär Ostar Schlegel bei der hiesigen Stadtverwaltung rettete unter eigener Lebensgefahr einen in den Refektorien, etwa 6 Jahre alten Knaben vom Tode des Ertrinkens.

Heilbronn, 5. März. Leichenfindung. Die Leiche einer 23jährigen Krankenwärterin wurde von hier wurde am Rechen des Kraftwerkes in Rodendorf gefunden.

Bodelshausen O. Rottenburg, 5. März. Verhaftet. Wegen Verdachts der Brandstiftung wurden auch die beiden Söhne des Kronenwirts in Haft genommen.

Kornfel, 5. März. Freiwilliger Tod. Der 20-jährige Landwirtschaftspraktikant Otto Wiedmeier von hier, ein beliebter und geachteter junger Mann, hat sich in Höchststadt a. D. (Bayern) aus bisher unbekannter Ursache erschossen.

Mödingen, 5. März. Einbruch. In der Marmorfabrik Ihler wurde zweimal eingebrochen und jedesmal eine ganze Marmor garnitur gestohlen. Auf dem hiesigen Bahnhof konnte der Dieb nach dem zweiten Einbruch festgenommen werden.

Gaildorf, 5. März. Neue Industrie. Das beim hiesigen Staatsbahnhof gelegene, der hiesigen Gewerbebank gehörige frühere Hofesche Sägewerk wurde mit 4 Morgen Gütern an Anton Schließmann für 10 000 M verkauft. Es soll beabsichtigt sein, ein Zelluloidwerk einzurichten, wo etwa 50 Arbeiter Beschäftigung finden werden.

Lai, O. Sigmaringen, 5. März. Brand. Gestern brach auf noch unaufgeklärte Weise in dem Anwesen der Firma Gebrüder Frank gehörigen früheren Brauerei Feuer aus, dem zwei mit Heu gefüllte Schuppen, ein Geräteschuppen mit sämtlichen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und ein Bretterschuppen zum Opfer fielen.

Steinhofen in Hohenzollern, 5. März. Verbrüht. Das 3jährige einzige Kind der Familie Wehrhauß fiel in einen mit heißem Wasser gefüllten Waschzuber und verbrühte sich so, daß es in der Klinik in Tübingen alsbald starb.

## Aus Stadt und Land

Magold, 6. März 1926.

Schön ist's, alles zu wissen, was unter der Sonne ist, über Stern und Stein reden zu können; und doch gibt es eine edlere Tätigkeit, an der jeder Mensch ohne Ausnahme teilnehmen kann und muß: es ist die große Kunst zu handeln. Stadl.

### Berankaltungen und Feste.

Samstag.

Magold: 8 Uhr abends, öffentliche Versammlung der Nat.-Soz. Deutschen Freiheitsbewegung, Ortsgruppe Magold in der „Traube“.

Gaiterbach: 1/2 8 Uhr abends, öffentliche Versammlung der Sozialdem. Partei im „Hirsch“.

Sonntag.

Magold: 2 Uhr nachmittags, Generalversammlung des Flügel- und Kaninchenzüchtereis im „Anker“.

1/2 5 Uhr nachmittags, öffentliche Versammlung der Sozialdem. Partei in der „Traube“.

1/2 5 Uhr nachmittags, Konzert von Fritz Haas im Musiksaal des Seminars.

5 Uhr nachmittags Generalversammlung des Musikkollegs im „Pflug“.

Gaiterbach: 7 Uhr abends, Meisterbilder-Andacht in der Evang. Stadtkirche.

Walldorf: 8 Uhr vormittags, Preißschießen des Schützenvereins im „Acker“.

### Das Herausreiben ungedeckter Schecks ist strafbar.

Der erste Strafsenat des Reichsgerichts hat in einer Entscheidung vom 3. Februar 1925 die Strafbarkeit der Hingabe eines nicht ordnungsmäßig gedeckten Schecks als Betrug selbst für den Fall bejaht, daß der Hingebende — also der Scheckaussteller — der Meinung war, der Scheck werde bis zu seinem Vorkommen voll gedeckt sein. In der Urteilsbegründung wird unter anderem ausgeführt, daß es der Stellung der bezogenen Banken, Sparcassen und Genossenschaften im Zahlungsverkehr und im Wirtschaftsleben wiederzuerkennen, ein solches betrügerisches Verhältnis zu begünstigen. Je strenger diese Vorschriften beachtet werden, um so größer und berechtigter Vertrauen werde sich der Scheckverkehr in allen Kreisen des Publikums erfreuen.

Es läuft deshalb derjenige, der einen Scheck auf eine Bank zieht, ohne für die Deckung besorgt zu sein, Gefahr, von jemanden, der den Scheck in Händen hat, wie auch von der bezogenen Bank wegen Betrugs angezeigt zu werden. Es ist zweifellos, daß der Scheckaussteller nach dem Vorgang des Strafsenats beim Reichsgericht mit einer empfindlichen Strafe belegt wird.

Im Interesse unserer Leser halten wir es für angezeigt, auch in unserer Zeitung auf diese höchst richterliche Entscheidung hinzuweisen, da in der letzten Zeit in einigen Fällen Beiträge bzw. Beitragsvorschriften durch Hingabe eines Schecks beglichen wurden, für die eine Deckung nicht vorhanden war. Wir möchten vor derartigen Manipulationen dringend warnen.

### „Unsere Heimat“

Die heutige Nummer unserer Heimatbeilage beschäftigt sich mit dem Alt-Würter Gerichtsweisen, ein uns anziehender Ausschnitt aus der Kulturgeschichte der alten Reichsstadt Ulm. Es ist aber nicht nur ein Ausschnitt aus der Kulturgeschichte dieser Stadt, sondern ähnliche Verhältnisse bestanden ehemals überall, überall war das Gerichtsweisen meist hart und grausam, und es ist mehr als lehrreich, heute in diesen alten Akten zu lesen.

### Unsere „Feierstunden“

„In Runtel, da ist es dumtel“ heißt ein altes Sprichwort und es hat recht, denn tatsächlich scheint im ganzen Jahr nur während weniger Wochen die Sonne in das kleine Lahnstädtchen, da es ringsum von hohen, steilen Bergen eingeschlossen ist. Doch darf man ja nicht denken, daß es im ganzen Lahnthal so aussieht, nein, kaum ist man aus Runtel heraus, so weiten sich die Augen ob all' der sich bietenden Naturschönheiten. Es ist dort alles zusammen: Wasser, Hügel, steile, felsige Berge, Laubwald, Tannenwald, Schleen, aber auch die feinsten Obstsorten. Daß wir nun nicht zu viel gesagt haben, beweist unser Bild auf dem Titelblatt vom Dorf Schabed. Aber ob trotz allem die Menschen, die mit diesen äußeren Vorzügen der Natur bedacht sind, glücklicher sind, als andere, die ihre Heimat auf feinstem, lagem Boden haben? — Obwohl der Kreuzer „Hamburg“ nach der Schlacht beim Stageral 1915 als „d. u.“ abgetaktet wurde, hat er vor kurzem als moderner Kreuzer mit dem größten Aktionsradius sämtlicher Einheiten der deutschen Reichsmarine eine Fahrt um die Welt angetreten. Auch er wird helfen, dafür zu sorgen, genau wie der Kreuzer „Berlin“, daß das Deutschland im Ausland wieder zu Ehren gelangt. — Doch nicht die Reichsmarine allein ist an der Arbeit, durch die Gebung des deutschen Ansehens auch das Vertrauen zu Deutsch-

land und den de Kaiserl. Marine der ja hier in tannt ist, trifft fahrt und Kapiti „Secabler“ hat Fischlutter „O Kapitän Riche Welt, mit der die Kriegsschuld Fählung zu r krieg und die L in Nebel und vor den Ozeanf aufstauen, und w wird man in deutscher Seesah lich mit Bildern gebricht. Wer einer Leiter in Raßmussen, der möchte es doch herab“ auf die wenig schwindlich Defierreich verfa Zeichen und wi möglich wäre un wenn man ...

Abbildungen füf ebenio wie der 1 Abwechslung die ecke verweisen. drei Bilder auf Ghemann am l deckt werden, da kommt.

### Neue Eisen

15. März d. Teil I, Abteilun Tarif vom 15. aufgehoben, n 1. April d. J. 15. März der 2. tarif, Teil I, 2. gänzungen der einteilung, des 9 des Sachverzei schwerungen der 15. Mai 1926 i Vermittlung i werden.

Horb, 6. M fand im „Linden für die Handelsk auch Vertreter de G ü n d e r t - W o r (Reichseisenbahn gemeinen Bespred noch nicht festste kann, doch wird wieder durchgeföh Verbesserungen auf denstadt soll wue halten. Der Zug nachmittags abgeh tingen durchgeföh Nebenbahn Nago zug auf Kosten de jall, da die Re entschieden ablehn find. Der Zug 58 um 10 bis 15 U halten. Von der von Seiten der Re ussgeföhrt werden, sammegefahren w lösten neuer Waga bei der Eisenbahn werden konnte, so druck erhalten hatt getan wird.

Horb, 6. M früher erwähnt, e Sebrgang für Wäm

Freundenstadt, wird im Anschlu a merber Siegrid He liche Amt eingese eine seltene Feier. hier ordiniert, im 3 Wilhelm Suppenbau Adolf Schweiharb, der aber schon im daß in einer langen einheimischer Freuden

## Aus

Otto Eruff f. ist der bekannte Jahren gestorben.

Unterhaltsklag Frau des Pringer brino, hat nach in Paris weilend Pariser Gericht Franken für sich u

20 Millionen Haushaltsauschüf amtliche Mitteilun einem jährlichen während die früh an das Reich stet

Schneefürme. 5. März bei start Feldberg hat 10 bayrischen Oberla Am Nachmittag de gerung ein heftige fer gegen einen schädigt. Am Rhein soll ein. Der Tele



Ämtliche Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche in Hugenbach... Die wegen dieses Seuchenfalls angeordneten Schutzmaßnahmen werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

An sämtliche Schultheißenämter des Oberamtsbezirks Nagold.

Die Schultheißenämter werden ersucht, ihre Gemeindeangehörigen durch eine öffentliche Bekanntmachung in tunlichster Weise auf nachgenannte gesetzliche Bestimmungen in Kürze hinzuweisen.

Namens der beteiligten Forstämter: Forstamt Nagold, Forstmeister Barth.

Die hiesige Gemeinde verkauft am Dienstag, d. 9. März von nachmittags 1 Uhr an 94 Stüd Lang- u. Sägholz

mit 101,64 Festm. im öffentlichen Aufstreich. Zahlungsbedingungen und Abfuhr künftig. Auszüge können bei Waldmeister Rauschenberger bestellt werden.

Starkeichen-Verkauf. Am Dienstag, den 16. März 1926, nachmittags 1 Uhr, im Gasthof zur „Sonne“ in Herrenberg aus Stadtwald:

100 Eichen mit Fm.: 82 I., 35 II., 18 III. Klasse. Losverzeichnis durch die Waldkaffe und Förster Reichardt, welcher die Eichen auf Verlangen vorzeigt.

Starkeichen-Verkauf (anschließend an den Verkauf der Stadt Herrenberg) aus Distr. IV. Marl: 82 Eichen mit Fm.: 7,48 I., 16,49 II., 42,67 III., 12,45 IV. Klasse.

Laub- und Nadelstammholz-Verkauf. Am Montag, den 15. März 1926, nachmitt. 1 Uhr, in der Bahnhofs-Wirtschaft in Herrenberg (anschließend an den Verkauf des Forstamts Herrenberg) aus Stadtwald:

61 Eichen mit Fm.: 8 IV., 9 V., 3 VI. Klasse, 25 Rotbuchen mit Fm.: 1 I., 4 II., 11 III., 7 IV. Klasse, 42 Weißbuchen mit Fm.: 1 IV., 6 V., 1 VI. Klasse, 14 Birken mit Fm.: 1 IV., 3 V. Klasse, 1 Fichte und 22 Forchen mit Fm.: Langh.: 2 V., Sägh.: 3 II., 2 III. Kl.

18 Eichen mit Fm.: 1 II., 1 III., 1 IV., 3 V. Klasse, 7 Kirschn. mit Fm.: 1 IV., 1 V. Klasse, 3 Birken mit Fm.: 1 V. Klasse, 26 Aspen mit Fm.: 2 V., 2 VI. Klasse, 6 Forchen Sägh. mit Fm. 2 II., 1 III. Klasse.

Sämtliche Gartenjämereien sowie la Steckzwiebeln und sehr schöne blühende Pensee empfiehlt Sonathan Raaf Gärtner, Nagold.

Altensteig. Sege entbehrlichkeits-halber mein Pferd starker Einspänner, gutes Ackerpferd, sehr vertraut, dem Verkauf aus. Preis 250 M. Karl Bauer, Landwirt.

Bücher. Kaufe man nur beim Buchhändler Zaiser Nagold.

Große freiwillige Versteigerung! Wegen Räumung der Geschäftslokale findet am kommenden Montag, den 8. März 1926, nachm. 1/2 Uhr im Kaufhaus Kittel (Inh. Paul Stähler) in Nagold große freiwillige Versteigerung statt.

Oeffentliche Volksversammlungen. Heute Samstag, abend 1/2 8 Uhr, findet im „Hirsch“ in Haiterbach morgen Sonntag, nachmittags 1/2 5 in der „Traube“ in Nagold eine öffentliche Versammlung statt.

Württ. Forstamt Altensteig. 829 Wiesen-Verpachtung. Am Dienstag, den 9. März 1926, vormittags 11 Uhr findet auf der Forstamtskanzlei die Verpachtung 1. der Wiesenparz. 589 mit 0,3444 ha und 574/5, 587, 588/1, 588/2 mit zus. 0,3410 ha (Markung Monhardt) auf 3 Jahre (früh. Pächter G. Schneider, Altensteig).

Forstamt Wildberg. Nag- und Brennholz-Verkauf. Am Donnerstag, den 11. März 1926, vorm. 9 1/2 Uhr am Hof Waldeck aus Stadtwald III Tiergarten, IV und V Ob. und Unt. Calwer Halde, VII Schloßberg, VIII Schmeltzlinge, IX Gmeinsberg, und XIV Gaisburg. Stammholz, Stück: G: 2 IV., 6 VI. Kl., Bu 7 V., 2 VI. Kl., Wbu 1 VI. Kl., Li 2 VI. Kl.

Forstamt Wildberg. Trauer-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter Karoline Knorr geb. Lohrer heute nacht 1/2 2 Uhr nach langem Leiden im Alter von 73 Jahren sanft entschlafen ist.

Forstamt Wildberg. Trauer-Anzeige. Tiefbetrubt geben wir teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester Barbara Renz Mehgers Witwe im Alter von nicht ganz 79 Jahren nach langem Leiden heute mittag 3 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Schön möbliertes, heizbares Zimmer hat zu vermieten Fr. Günther, Uhrmacher.

Ihre Vermählung geben bekannt: Wilhelm Harr Fabrikant Rosa Harr geb. Müller Nagold Besenfeld

Kurt Könekamp Anna Könekamp geb. Luz Vermählte Nagold, 6. März 1926.

Musik-Colleg! Sonntag vormittag 11-12 Uhr Fröhschoppen-Konzert im Gasthaus z. Sternen. Abends 5 Uhr Generalversammlung im Gasthaus z. Pflug.

große Hundeschau im „Hirsch“. Mehrere Hundefreunde!

Sportplatz Calwerstraße Sonntag, den 7. 3. 26 1 Uhr: Uebungs-Spiel S.V.N. A - Jugend gegen B - Jugend 1/2 3 Uhr: S.V.N. I - V.I.R. Sulz I 4 Uhr: S.V.N. II - V.I.R. Sulz II

Dressur-Verein Nagold. Heute abend 8 Uhr Versammlung im „Waldborn“.

Aussehen erregende Neuheit! Graue Haare verschwinden 20 Jahre jünger durch HAZINOL Haarwurzelsaft.

Für die Uebergangszeit empfehle Seiden-Rips-Strohsstoff-Regen- u. Sport-üte für Damen u. Kinder Frida Pflomm 832 Nagold.

Gottesdienst-Ordnung Evang. Gottesdienst in Nagold am Sonntag Oskari (den 7. März), vorm. 1/2 10 Uhr Predigt (Pfeffel), 3/4 11 Uhr Kindergottesdienst, 1 Uhr Christenlehre (für Töchter).

Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde Nagold: am Sonntag, 7. März 1926 vorm. 1/2 10 Uhr Predigt (Sarfisch).

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 7. März (3. Quadrages.) 1/2 8 Uhr Gottesdienst in Rohrdorf.

Die geplante... In Paris... Die Deutsche... Als im Som... brutalster Weise... trüb, da erwachte... gewiss. Selbst... Schreden, daß... Europa geschaffte... Staatsmänner in... das nötige Klein... gründliche Beleh... Polen von der b... höriger Abstand... Irrtum gewesen... der Deutschen in... wartete nur auf... So begann die... Ende des polnisch... unerantwortliche... sich die oberste... heit zu Deutschlan... wartet. Am nur... schülen, wurde... Oberstleuten, dem... „Deutsche B... tung anerkannt... Kommando des... dem Augenblick... Mitteln einen Ka... zu erstreben suchte... auch in Genf sein... müßte. So erfann... logisten und nie... es kann, angeblich... bunds. Man schen... deutsche Behör... Rattowitz, den Vo... Oberstleuten vorz... mung geschaffen... und Verhaftungen... Gefängnis verhö... ein aufrichter Deu... haren eine Anzahl... des Richterspruchs... Der polnische... Verfolgungen von... führung erlassen... gehen gegen den... handelt. Kein Tü... die hochverräteris... wochenlanger Hau... Oberstleuten ist... Art und Weise en... Kommando des p... und die Ruhe im... sollen wir hinfomm... rungen des Bötter... Staatsmänner der... ben, die feierlich... länger zu ertrage... weil sie Deutsche... vogelfrei erklärt... österröcherliche... lung übernahm, d... endlich Ruhe und F... Grund genug, mi... Bötterbunds zu j... neral Le Rond di... tigung der deutsch... stigte. Aber es gi... hältnisse inzwisch... reich allein das H... aber der polnische... erstrebt nichts wen... derung des d... sien. Gegen die Reg... daß sie in jeder... scher Nationalität... die völlige wirtsch... nischen Staatswe... Friedensverträge... einer so schwieriger... Eristenz zu fristen... angewiesen. Möge... wachen und verlan... im Geist der Bötter... handelt. Daß die